

Sollten die in Bonn verbliebenen Ministerien rasch nach Berlin umziehen?

Ja!

„Beamte sind mehr im Flieger als am Arbeitsplatz“



Gesine Lötzsch, Bundestagsabgeordnete für Die Linke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Wie ist die Lebenserwartung einer guten Fernbeziehung? 2 Jahre, 5 Jahre? Die Bundesregierung lebt nun schon seit 10 Jahren in einer Fernbeziehung. Die eine Hälfte der Beamten sitzt in Bonn, die andere in Berlin. Jedes der 14 Ministerien hat jeweils einen zweiten Sitz in Bonn oder Berlin. Da ist Frust bei den Mitarbeitern programmiert.

Manche Beamte sind mehr im Flieger als an ihrem Arbeitsplatz. Ich erlebe es immer wieder in den Sitzungswochen, wenn 20 Bonner Beamte auf ihrem Auftritt im Haushaltsausschuss warten. Für ein Fünf-Minuten-Statement sind die gut bezahlten Beamten einen ganzen Arbeitstag unterwegs.

Hinzu kommt, dass die dauernde Fliegerei finan-

ziell und auch ökologisch bedenklich ist. Besonders zweifelhaft ist die Stationierung der Flugbereitschaft in Bonn. Der Normalfall ist, dass die Kanzlermaschine leer von Bonn nach Berlin fliegt, die Kanzlerin aufnimmt, dann Brüssel oder eine andere Stadt anfliegt. Auf dem Rückweg steigt die Kanzlerin in Berlin aus und der Airbus fliegt leer nach Bonn zurück. Das klingt nach einem Schildbürgerstreich, oder?

Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, die Kosten dieser Fernbeziehung zu benennen oder sie will es gar nicht. Die Linke hat vorgeschlagen, dass die Bundesregierung zusammenzieht. Einige Politiker bringen 5 Milliarden Kosten für den abschließenden Umzug in die Debatte. Doch das ist eine Phantasiazahl, um den Umzug zu verhindern. Die Region Bonn wurde in den letzten 10 Jahren mit rund 1,5 Milliarden entschädigt. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Region ist seitdem fast drei Mal schneller gewachsen als im bundesdeutschen Durchschnitt. Es ist klar, diese Region braucht keine weiteren Subventionen, aber unser Land braucht eine funktionsfähige Regierung.

Nein!

„Auch Bundesbehörden sind bundesweit verteilt“



Ulrich Kelber, SPD-Bundestagsabgeordneter, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion

Geht es um die Wirtschaftlichkeit, die Frage wäre entschieden: Die Bundesregierung beziffert die Ausgaben für die Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn auf nur rund 8 Millionen Euro im Jahr.

Allein die Zinsen für die Kosten des Umzugs der in Bonn verbliebenen Ministeriumsarbeitsplätze nach Berlin lägen aber jährlich bei 200 Millionen Euro, die Tilgung der milliarden-schweren Kredite gar nicht mitgerechnet.

Längst haben die Ministerien die Arbeitsabläufe optimiert, die wirklich trennungsbedingten Flüge gehen radikal zurück, nur die Berlin-Fans nennen wider besseren Wissens vielfach überhöhte Zahlen.

Warum sollten eigent-

lich gut 8000 Arbeitnehmer und ihre Familien umziehen müssen? Warum sollten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler allein eine Milliarde Euro für den Umzug der funktionierenden Rechenzentren des Auswärtigen Amtes und des Bundesverteidigungsministeriums bezahlen? Welcher Sinn läge darin, Sachbearbeiter des Wissenschaftsministeriums, deren Gesprächspartner im ganzen Land und damit zu 50 Prozent im bevölkerungsreichen Westen liegen, teuer nach Berlin zu verlegen und damit die Zahl der Dienstreisen zu erhöhen?

Ist das nicht ein überholtes Organisationsverständnis aus dem 19. Jahrhundert, dass durch Erfahrungen von Privatunternehmen und der zahlreichen bundesweit verteilten Bundesbehörden – zum Beispiel in Braunschweig – längst widerlegt ist?

Ein Wort in Richtung Berlin: Die Stadt hat 1990 darauf bestanden, dass das Versprechen gehalten wird, dass Berlin wieder Hauptstadt wird. Um eine Mehrheit dafür zu bekommen, wurde eine faire Arbeitsteilung mit der Region Bonn vereinbart. Es gibt gute Gründe, auch diesmal Wort zu halten.